Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Verhandeln statt Schießen!
2. Der Preis des Machtkampfs
3. Aus der Zeit gefallen
4. Das Konstrukt bricht zusammen
5. Psychologen: Regierung betrieb "unethische" Panikmache, um Corona-Maßnahmen durchzusetzen
6. Spandauer Amtsärztin: Strukturen für Durchsetzung der Impfpflicht fehlen
7. Wie Deutschland mit verzerrten Spital-Zahlen die Corona-Massnahmen verlängert
8. Arbeitsmarktreform: Spanische Regierung am Abgrund
9. Konzerne mit Schweizer Sitz betreiben modernen Kolonialismus
10. Plastikmüll: Studie zeigt dramatische Folgen für die Meere

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Verhandeln statt Schießen!**
   Es droht eine militärische Eskalation des Ukrainekonflikts. Selbst eine größere Konfrontation zwischen NATO und Russland ist nicht auszuschließen, angesichts der fortlaufenden Provokationen durch Manöver und des stetigen Aufbaus von Drohkulissen durch Truppenverlegungen beider Seiten. Weder NATO noch Russland zeigen sich aktuell zu substantiellen Schritten des Entgegenkommens bereit, um die

gefährliche Lage zu entspannen.
Jedes Menschenleben, welches der Krieg in der Ukraine in den vergangenen Jahren gekostet hat, war eines zu viel. Doch jetzt droht eine neue Eskalationsstufe, die zu einem größeren Krieg in Europa führen kann.
Das Netzwerk Friedenskooperative mahnt zur Deeskalation und fordert alle involvierten Parteien auf, miteinander zu sprechen, um die Spannungen zu beenden und die Grundlagen für eine gemeinsame europäische Sicherheitsstruktur zu schaffen.
Quelle: Netzwerk Friedenskooperative

dazu: Friedenspolitik statt Kriegshysterie!

- Ukraine-Krise: Nein zu einseitigen Schuldzuweisungen an Russland
- Friedenspolitik statt Kriegshysterie
- Appell aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Zivilgesellschaft

„Friedenspolitik statt Kriegshysterie“ – unter diesem Titel haben 200 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie sich für Deeskalation und Entspannung in der Ukraine-Krise einsetzen. Waffenlieferungen an Kiew werden abgelehnt. Die Unterzeichner wenden sich gegen mediales Anheizen des Propagandakriegs und weisen einseitige Schuldzuweisungen an Russland zurück. Sie verweisen auf die ukrainische Truppenkonzentration an der Demarkationslinie zu den Gebieten Donezk und Luhansk und die Weigerung Kiews, das Abkommen Minsk II umzusetzen.
Demgegenüber sei es „ein legitimes Sicherheitsinteresse Moskaus, dass die Osterweiterung der NATO, die seit 1999 immer näher an die russischen Grenzen heranrückt, nicht auch noch auf die Ukraine ausgedehnt wird.“ Darüber hinaus wird die Krise in einen geopolitischen Kontext eingeordnet. Demnach liegt die tieferliegende Ursache des Konflikts im Anspruch der USA auf weltweite Führung, während andere, darunter Russland, eine westliche Dominanz ablehnen und als gleichberechtigt in einer multipolaren Weltordnung respektiert werden wollen.
Zu den Erstunterzeichnern aus der Politik gehören u.a. Gregor Gysi, Hans Modrow und Sahra Wagenknecht. Prominente Vertreter aus der Wissenschaft sind u.a. die Professoren Peter Brandt, Christoph Butterwegge, Frank Deppe und Wolfgang Streeck. Aus der Kulturszene haben u.a. die Rockmusikerin Anne Haigis, die Sängerin und Musikproduzentin Julia Neigel und der Rockkünstler Joachim Witt unterschrieben.
Der Wortlaut des Aufrufs und die vollständige Liste der Unterzeichner findet sich

unter nie-wieder-krieg.org
Quelle: Nie wieder Krieg

dazu auch: Friedenspolitische Sicht auf die aktuelle Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland
Im Kapitel VII des Koalitionsvertrages der deutschen Bundesregierung überwiegen Formulierungen, welche die bereits seit Jahren durch die westlichen Länder und Deutschland verfolgte Politik fortsetzen. Das betrifft die Militarisierung der Außenpolitik, Verhängung von Sanktionen und eine fortwährende Konfrontation ohne Berücksichtigung legitimer Interessen anderer Staaten. Diese Politik wird umschrieben mit wertebasierter Politik, die anstelle des Völkerrechts gesetzt wird und im Kern eine einseitige Interessenpolitik ist. Mit den als „autoritär" bezeichneten Staaten China und Russland wird eine Konfrontationspolitik betrieben und als Systemwettbewerb umschrieben. Bestehende Konflikte eskalieren dadurch weiter, wodurch sich die Kriegsgefahr entscheidend verschärft hat.
Quelle: Aufstehen [PDF]

2. **Der Preis des Machtkampfs**
   Deutschland ist bereit, bei einer Verhängung neuer westlicher Sanktionen gegen Russland „einen hohen wirtschaftlichen Preis zu zahlen". Das bestätigte Außenministerin Annalena Baerbock am gestrigen Montag bei einem Besuch in Kiew. Baerbock wies zudem darauf hin, dass Deutschland der Ukraine zwar weiterhin keine Waffen liefern will, das Land aber auf andere Weise kriegsfähig macht, etwa mit der Lieferung eines Feldlazaretts und mit der Behandlung ukrainischer Militärs in deutschen Krankenhäusern. Der Kiew-Besuch der Außenministerin ist Teil hektischer diplomatischer Bemühungen der deutschen und der französischen Regierung, wieder zu mehr Einfluss auf den Ukraine-Konflikt zu gelangen, nachdem Washington die Verhandlungen mit Moskau alleine an sich gezogen hatte. Unterdessen warnen Berliner Regierungsberater, die innere Entwicklung der Ukraine sei geeignet, den Westen in ernste Argumentationsnöte zu stürzen: Der „Regierungsstil" von Präsident Wolodymyr Selenskyj, der immer mehr Macht in der Präsidialverwaltung konzentriere und Parlament und Justiz zunehmend ignoriere, stütze den Vorwurf, der Westen fördere in Kiew ein „autoritäre[s] Regime".
   Quelle: German Foreign Policy
3. **Aus der Zeit gefallen**
   Das amerikanische Jahrhundert ist vorbei. Berlin und Paris sollten überholtem Lagerdenken entsagen
   Man muss den ukrainischen Botschafter nur oft genug im öffentlich-rechtlichen

Fernsehen auftreten lassen, damit er der deutschen Regierung sagt, was sie zu tun hat. Das hinterlässt Wirkung. Erst fällt Andrij Melnyk aus der Rolle eines Diplomaten, als er erklärt, die Demission von Marinechef Kay-Achim Schönbach (nach dessen realistischem Befund zum Ukraine-Konflikt) könne nicht alles gewesen sein. Dann darf er insistieren, dass deutsche Waffen seinem Land zur Verfügung gestellt gehörten. Was die Regierung Olaf Scholz – bar jeder Souveränität, sich diese Einlassungen zu verbitten – zu einem Akt skurriler Symbolik treibt. Sie schickt 5.000 Schutzhelme. Mit oder ohne deutsche Hoheitszeichen? Man sollte Melnyk fragen: Was hält er für geboten, wenn Deutschland in der Ukraine Flagge zeigt und außenpolitische Selbstbestimmung aufgibt?
Warum tut sich eine EU-Führungsmacht das an? Hat es die bei vielen Gelegenheiten reklamierte Modernität der jetzigen Bundesregierung verdient, durch überholtes Lagerdenken vereinnahmt zu sein, anstatt eine sich wandelnde multipolare Welt zu reflektieren? Galt das 20. als „amerikanisches Jahrhundert“, ist es im 21. damit unwiderruflich vorbei, wie der Afghanistan-Exit der USA eindrucksvoll offenbart hat. Zwei Jahrzehnte Besatzung hatten einen „toten Punkt“ erreicht.
Quelle: Lutz Herden auf der Freitag

dazu: Doppelmoral und Kriegsgefahr
Das einseitige Bild der Nato-Propaganda transportiert das Narrativ, sie sei der militärische Arm der Demokratie und der regelbasierten Ordnung gegenüber dem Feind im Osten. Die Nato, die Bundesregierung und die G 7-Staaten benutzen in diesem Zusammenhang den Begriff der »regelbasierten internationalen Ordnung«
Quelle: Ossietzky

4. **Das Konstrukt bricht zusammen**
Es gibt sybillinische Andeutungen und Versprechen und jeder Hinterbänkler, der zuvor als Platzhalter im Gesundheitsausschuss saß, gilt mittlerweile als Experte, wenn er sich nur oft genug medienwirksam in Szene setzt und mantrahaft die Apokalypse beschwört.
Wir jonglieren mit verbundenen Augen am Rande des Abgrunds. Was uns blüht ist, abgesehen von den ohnehin schon entstandenen Schäden, ein Zusammenbrechen ganzer Wirtschaftszweige und ein tief sitzender Vertrauensverlust in die Kompetenz der Entscheidungsträger. Die Regierungskoalition hat sich gehörig verlaufen und blamiert und die Wissenschaft hat sie noch nicht einmal davor bewahrt.
Währenddessen gibt sie sich weiter den Anstrich des Besserwisserischen.
Sie merkt nicht, dass sie damit ihr eigenes Ende vorbereitet, denn ohne eine Konfrontation mit der Opposition und Teilen des störrischen Volks, wird diese

Diskussion nicht erledigt sein. Wenn Scholz ein kluger und mutiger Kanzler wäre, würde er die Impfpflicht zur Chefsache machen und im Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Aber er hat Angst, weil er weiß, dass Teile seiner Koalition dies nutzen könnten, um ihn zu stürzen. Er weiß schon längst, dass seine Taktik nicht aufgegangen ist und er verschanzt sich stattdessen hinter Delegierungen an demokratische Instanzen und Talkshowchargen. Vielleicht, weil er gehofft hat, dass die Stimmung in der Bevölkerung ihn durch die Krise tragen würde, aber er hat unterschätzt, wie schnell sich die Stimmung gegen ihn wenden kann und wie opportunistisch seine politischen Gegner sein können.
Bayerns Ministerpräsident und Wendehals Markus Söder ist schneller als das Virus binnen weniger Tage vom Hardliner zum Weichei mutiert, so wie die Ministerpräsidenten der Länder ihre Entscheidungen mittlerweile wie Fähnlein im Wind schwenken. Ihre als Vernunft getarnte Hilflosigkeit, ist nur noch ein Seiltanz zwischen Populismus und hastiger Schadensbegrenzung. Und die vielgepriesene rationale Kraft der Wissenschaft von RKI Chef Wieler bis zum Podcast Virologen Drosten, kondensiert sukzessive in eklatanten Widersprüchen und vagen Zahlenspielen.
Quelle: Serdar Somuncu via Facebook

5. **Psychologen: Regierung betrieb “unethische” Panikmache, um Corona-Maßnahmen durchzusetzen**
   Um die einschneidenden staatlichen Maßnahmen am Beginn der Corona-Krise zu begründen, nutzte die Regierung in Deutschland vor allem Schockszenarien, mit denen “die konkreten Auswirkungen einer Durchseuchung auf die menschliche Gesellschaft verdeutlicht werden” sollten. So hieß es im COVID-Strategiepapier des Innenministeriums unter dem damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU): “Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. Das Ersticken oder nicht genug Luft kriegen ist für jeden Menschen eine Urangst. Die Situation, in der man nichts tun kann, um in Lebensgefahr schwebenden Angehörigen zu helfen, ebenfalls …”
   Doch nicht nur in Deutschland, auch in Großbritannien setzte die Regierung auf Schreckensszenarien, um den Corona-Maßnahmen zur Durchsetzung zu verhelfen. Nun kritisierten zahlreiche Psychologen, die Regierung habe eine unethische Panikmache betrieben und ähnliche Taktiken verwendet wie China, um die verängstigte Öffentlichkeit dazu zu drängen, die Corona-Regeln zu befolgen. Zudem wollen Abgeordnete des britischen Parlaments das Verhalten der Beamten untersuchen, die für die COVID-Kampagnen verantwortlich waren. Sie befürchten, dass dabei “grob unethische” Taktiken angewandt wurden.

In diesem Zusammenhang haben 40 Psychologen einen Brief an den Parlamentsausschuss für öffentliche Verwaltung und konstitutionelle Angelegenheiten mitunterzeichnet, in dem sie die moralisch fragwürdigen Werbespots der britischen Regierung mit Slogans wie “Bleib zu Hause, um Leben zu retten” oder “Wenn Sie rausgehen und es verbreiten, werden Menschen sterben” kritisieren.
Quelle: RT DE

dazu auch: Die sozialen Dimensionen der Corona-Pandemie
In der Corona-Pandemie gibt es große soziale Unterschiede bei den Infektions- und Sterbezahlen: Auch in Deutschland liegt die Covid-19-Sterblichkeit in sozial stark benachteiligten Regionen bislang mehr als anderthalbmal so hoch als in besser gestellten Gebieten. Wo liegen die Ursachen?
Das Robert-Koch-Institut (RKI) hat für die Unterschung “Soziale Ungleichheit und COVID-19 in Deutschland – Wo stehen wir in der vierten Pandemiewelle?“ die Infektionszahlen auf Ebene der Landkreise und Städte mit einem Index für die soziale Benachteiligung verglichen. Demnach infizierten sich zu Beginn der Pandemie eher wohlhabende Bevölkerungsgruppen, beispielswiese bei Urlauben oder auf Dienstreisen. Schon nach wenigen Wochen der ersten Corona-Welle drehte sich dieser Trend um: Nun kam es in benachteiligten Gebieten zu mehr Infektionen und entsprechend auch zu mehr Krankenhausaufenthalten und Sterbefällen. Dieser Unterschied zieht sich durch alle weiteren Wellen der Pandemie bis heute.
Quelle: Deutschlandfunk

und: Virologe Stöhr gegen FFP2-Maskenpflicht: Diese 5 Maßnahmen könnten sofort beendet werden
Virologe Klaus Stöhr überrascht mit der Aussage, dass einige Corona-Maßnahmen sofort beendet werden könnten. Konkret benennt er fünf Beschränkungen. Er spricht sich außerdem gegen das Tragen von FFP2-Masken aus.
Quelle: InFranken

6. **Spandauer Amtsärztin: Strukturen für Durchsetzung der Impfpflicht fehlen**
   Wer in Kliniken oder Heimen arbeitet und nach dem 15. März ungeimpft ist, wird dem Gesundheitsamt gemeldet. Doch die Ämter sind überfordert, so Ärztin Widders.
   Für die Umsetzung der ab 15. März geltenden Corona-Impfpflicht für Beschäftigte in Kliniken und Pflegeheimen fehlen nach Einschätzung der Spandauer Amtsärztin Gudrun Widders wichtige Voraussetzungen. „Mit dem Infektionsschutzgesetz werden den Gesundheitsämtern Aufgaben zugedacht, die sie weniger zu fachlich kompetenten Ansprechpartnern und Beratern machen, als zu Vollzugsbehörden“, sagte Widders am Mittwoch der Deutschen Presse-Agentur. Die Gesundheitsämter seien aber keine

Ordnungsbehörde. Unabhängig davon seien sie pandemiebedingt ohnehin überlastet und könnten nun nicht einfach noch zusätzliche Aufgaben übernehmen.
„Die fachliche Prüfung eingereichter Dokumente ist unstrittig Aufgabe der Gesundheitsämter, jedoch nicht die Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren oder die Erhebung von Bußgeldern“, erläuterte Widders, die das Gesundheitsamt Spandau leitet. Abgesehen davon fehle qualifiziertes Personal.
Wenn Sanktionen für Beschäftigte in Pflege oder im medizinischen Bereich geplant seien, die sich nicht impfen lassen, müssten dafür auch die ordnungsbehördlichen Strukturen geschaffen werden, „die aber nicht Dienststellen der Gesundheitsämter sein sollten“, so Widders. „Ohne diese Strukturen ist die Aufgabenstellung nicht erfüllbar.“
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung André Tautenhahn: *Dieser Bericht aus der Praxis zeigt, dass die empörte Debatte über die Weigerung einzelner Länder, ein Bundesgesetz anzuwenden, an der Sache vorbeigeht. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht scheitert nicht an Söder und einer taktierenden Union, sondern an der fehlenden Umsetzbarkeit, die sich aus dem Gesetz selbst ergibt. Deshalb hatte der grüne Lauterbach-Talkshow-Ersatz, Janosch Dahmen, politisch naiv auch in Aussicht gestellt, „nachschärfen“ zu wollen. Das wäre ja nicht erforderlich, wenn die Dinge klar geregelt wären. Auch die Länder, die sich über Söders Volte empören und betonen, die Impfpflicht natürlich umsetzen zu wollen, wie Niedersachsen zum Beispiel, wissen gar nicht wie und rufen deshalb auch nach klaren Vorgaben des Bundes.*

dazu: Markus Söder hat recht: Aus drei Gründen sollten wir die Pflege-Impfpflicht aussetzen
Davon betroffen sind neben Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen unter anderem die Praxen von Ärzten aller Fachrichtungen, Zahnärzte, Physiotherapeuten und Heilpraktiker. Dort müssen sich jeweils alle Mitarbeiter impfen lassen, egal ob sie direkten Kontakt mit vulnerablen Gruppen haben oder nicht.
Das am 10. Dezember 2021 beschlossene Gesetz hat jedoch drei erhebliche Geburtsfehler.
Quelle: Alexander Kekulé auf Focus Online

dazu auch: Impfpflicht: Krankenkassen wollen nicht kontrollieren
Die gesetzlichen Krankenkassen wollen eine etwaige Impfpflicht nicht kontrollieren. Sie lehnen damit dem Vorschlag einer Gruppe von Ampel-Parlamentariern vorerst ab.
Die gesetzlichen Krankenkassen sehen sich nicht für die Kontrolle einer möglichen allgemeinen Impfpflicht gegen das Coronavirus zuständig. Diesem Vorstoß einer

Gruppe von Abgeordneten aus SPD, Grünen und FDP, die einen Gesetzentwurf vorbereiten, erteilte der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) eine deutliche Absage.
Ein GKV-Sprecher sagte den Zeitungen der Funke Mediengruppe, dass die Kassen bereit seien, ihrem Auftrag zur Information und Beratung der Versicherten nachzukommen. "Die Durchsetzung und Kontrolle einer eventuellen gesetzlichen Impfpflicht wäre dagegen die Aufgabe des Staates."
Quelle: tagesschau

7. **Wie Deutschland mit verzerrten Spital-Zahlen die Corona-Massnahmen verlängert**
   Die Hospitalisierungsrate entscheidet darüber, ob gelockert oder verschärft wird. Ein geeigneter Indikator für die Krankheitslast durch Corona ist sie aber längst nicht mehr – das belegen neue Zahlen.
   Die Hospitalisierungsrate ist einer der Leitindikatoren in der Pandemie. So will es das Infektionsschutzgesetz. In den deutschen Bundesländern entscheidet sie massgeblich darüber, ob Corona-Massnahmen gelockert oder verschärft werden. Die Politik will so eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindern. Tatsächlich ist die Zahl der hospitalisierten Corona-Patienten aber gar nicht mehr geeignet, um die Krankheitslast durch Covid-19 zu messen. Das zeigen Daten, die der NZZ vorliegen.
   Demnach vermittelt die Hospitalisierungsrate nur noch ein Zerrbild der realen Lage in den Spitälern – was bereits Ende Dezember absehbar war. Damals nahmen britische und norddeutsche Spitäler vermehrt zufällig positiv getestete Patienten auf, gleichzeitig sank der Anteil der Patienten, bei denen Covid der Grund für die Einweisung ins Spital war.
   Der Grund: Die Ansteckungsrate von Omikron ist zwar um ein Vielfaches höher als bei der Delta-Variante, das Risiko für einen Verlauf mit schweren Symptomen aber deutlich geringer. Hinzu kommt, dass die neue Variante auf eine vielfach geimpfte und genesene Bevölkerung traf. Auch in Deutschland führt das nun zu einer immer stärkeren Verzerrung der Hospitalisierungsrate. Ein extremes Beispiel ist Bremen, wo Omikron zuerst auftrat und bereits an Weihnachten dominant war.
   Quelle: NZZ
8. **Arbeitsmarktreform: Spanische Regierung am Abgrund**
   Abstimmungsfehler verhindert Absturz der Reform; Sozialdemokraten brechen mit linken Unterstützern und vollziehen einen Rechtsschwenk
   Jetzt ist der Bruch mit den Parteien vollzogen, die die sozialdemokratische Minderheitsregierung in Spanien unter Pedro Sánchez vor zwei Jahren an die Macht gebracht haben. Um sein Dekret zur Arbeitsmarktreform im Parlament bestätigen zu

können, mussten die Sozialdemokraten (PSOE) von Ministerpräsident Sánchez und die Linkskoalition “Unidas Podemos” (UP) um Stimmen bis tief ins rechte Lager buhlen. Denn die bisherigen linken Unterstützer aus dem Baskenland, Katalonien und Galicien hatten ein klares Nein angekündigt.
Das sagt schon viel aus über eine Reform, die mit Arbeitgebern ausgehandelt wurde und die nach der Abstimmung von ihnen beklatscht wurde, da die vorhergehende Reform im Wesen unangetastet blieb, wie sie unumwunden zugeben. 95 Prozent der vorigen Reform bleiben ihrer Ansicht nach erhalten.
Versprochen hatten PSOE und UP den Wählern aber kein “Reförmchen” der vorausgegangenen ultra-neoliberalen Reform, vielmehr wollten sie diese Reform streichen. Das hatten beide Parteien in den letzten beiden Jahren auch Unterstützern immer wieder schriftlich zugesichert, um ihre Stimmen für andere Vorhaben zu bekommen.
Es handelt sich nun also ganz klar um einen Wortbruch. Der beschädigt die Glaubwürdigkeit der Linkskoalition UP erheblich, zumal das Reförmchen, das die UP-Arbeitsministerin Yolanda Díaz ausgehandelt hatte, die ihr Ergebnis auch noch als “historisch” bezeichnet, recht ärmlich ausfiel.
Quelle: Telepolis

9. **Konzerne mit Schweizer Sitz betreiben modernen Kolonialismus**
«Public Eye» deckt auf, dass Rohstoffhandelsfirmen der lokalen Bevölkerung viel Land wegnehmen und Arbeitsrechte verletzen.
«Die grossen Agrarhändler organisieren aus ihren Genfer und Zuger Büros nicht nur den globalen Handel mit Soja oder Kaffee – sie sind längst auch Plantagenbesitzer. Auf einer Fläche von mehr als 2,7 Millionen Hektar bauen sie auf über 550 Plantagen weltweit Zuckerrohr, Palmöl, Orangen oder Kautschuk an. Für die Missstände in der dortigen Produktion, die von Landgrabbing über Arbeitsrechtsverletzungen bis zu Umweltvergehen reichen, sind sie deshalb direkt verantwortlich.»
So lautet das Fazit einer Recherche von «Public Eye» (früher Erklärung von Bern). Als grösste Handelsdrehscheibe von Agrarrohstoffen weltweit sei die Schweiz Sitzstaat einer risikobehafteten Branche, die dringend reguliert werden müsse. (…)
Die Schweiz ist politisch stabil und verfügt über einen gut ausgebauten Finanzsektor mit günstigem Steuerklima. Für international agierende Agrarrohstoffhändler ist das Alpenland daher als Hauptsitz besonders attraktiv. Mindestens die Hälfte des globalen Handels mit Getreide und Ölsaaten wie Soja und 40 Prozent des weltweiten Zuckerhandels wird in Schweizer Büros abgewickelt. Von hier aus wird ein Drittel aller Kaffee- und Kakaobohnen verkauft, ein Viertel des globalen Baumwollhandels wird kontrolliert.
Längst beschränken sich die Handelsunternehmen nicht mehr auf die Verschiffung von

Agrarrohstoffen. Sie sind zu vertikal integrierten Agro-Food-Konzernen geworden. Im grossen Stil kauften sie weltweit Plantagen auf. Konzerne wie Cargill, Cofco oder LDC verwalten mindestens 2,7 Millionen Hektar Ackerland. Die Fläche entspricht mehr als dem Sechsfachen des gesamten Schweizer Ackerlandes. In 24 Ländern in Südamerika, Afrika und Asien bauen die Agrarrohstoffhändler auf mehr als 560 Plantagen Exportfrüchte an, unter anderem Getreide, Soja, Kaffee, Orangen, Bananen, Kautschuk und Reis. «Public Eye» publizierte die Recherche in Januar unter dem Titel «Rohstoffhandel: Schweizer Plantagen in Übersee».
Quelle: Infosperber

10. **Plastikmüll: Studie zeigt dramatische Folgen für die Meere**
Die Plastikflut in den Ozeanen steigt immer weiter an, zeigt eine Studie des Alfred-Wegener-Instituts. Der Umweltverband WWF fordert nun ein globales Abkommen.s
Bremerhaven – Der Umweltverband World Wide Fund (WWF) hat vor dramatischen Folgen des zunehmenden Plastikmülls in den Meeren gewarnt. Die Plastikverschmutzung habe in den vergangenen Jahrzehnten exponentiell zugenommen, erklärte der WWF unter Berufung auf eine Studie des Alfred-Wegener-Instituts in Bremerhaven. Für die Meta-Studie im Auftrag der Umweltorganisation wertete das Institut 2592 Untersuchungen aus, die von den 1960er-Jahren bis 2019 durchgeführt wurden…
Besonders betroffen seien das Mittelmeer, das Gelbe und das Ostchinesische Meer. Korallenriffe und Mangrovenwälder seien in Gefahr. Vor der indonesischen Insel Java sei an einigen Stellen die Hälfte des Meeresbodens mit Plastikmüll bedeckt. Auch in der Tiefsee, die 70 Prozent der Erdoberfläche ausmache, sammele sich immer mehr Kunststoffabfall.
Einwegplastik macht 60 bis 95 Prozent der Verschmutzung aus
Der Müll werde häufig direkt ins Meer gekippt oder bei Hochwasser von Deponien weggespült. Einwegplastik mache 60 bis 95 Prozent der Verschmutzung aus. Laut der Studie haben sich zwischen 86 und 150 Millionen Tonnen Kunststoff im Ozean angereichert…
Der WWF forderte die Ende Februar in Nairobi tagende Umweltversammlung der Vereinten Nationen (Unea) auf, ein rechtsverbindliches globales Abkommen gegen den Plastikeintrag in die Meere auf den Weg zu bringen. In Deutschland gebe es schon ein Bewusstsein für das Problem. Die EU habe vor einiger Zeit bestimmte Einwegplastikverpackungen verboten. Es sei nach ihrer Erfahrung „die schnellste Umweltgesetzgebung ever“ gewesen, lobte Vesper.
Quelle: Berliner Zeitung